Bezugspreis: Monatlich in Neuenbürg ℳ 1.50. Durch die Post im Orts- und Oberamtsverkehr, sowie im sonst. inl. Verk. ℳ 1.86 m. Postbestellgeb. Preise freibl. Preis einer Nummer 10 ₰.
In Fällen höh. Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung od. auf Rückerstattung des Bezugspreises.
Bestellungen nehmen alle Poststellen, sowie Agenturen u. Austrägerinnen jederzeit entgegen.
Fernsprecher Nr. 4.
Giro-Konto Nr. 24 O.A.-Sparkasse Neuenbürg.

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Druck und Verlag der C. Meeh'schen Buchdruckerei (Inhaber D. Strom). Für die Schriftleitung verantwortlich D. Strom in Neuenbürg.

Anzeigenpreis: Die einsp. Petitzeile oder deren Raum im Bez. 20, außerh. 25 ₰, Rekl.-Z. 80 ₰ mit Inf.-Steuer. Kollekt.-Anzeigen 100% Zuschlag. Offerte u. Auskunfterteilung 20 ₰. Bei größ. Aufträgen Rabatt, der im Falle des Mahnverfahrens hinfällig wird, ebenso wenn Zahlung nicht innerhalb 8 Tagen nach Rechnungsdatum erfolgt. Bei Tarifänderungen treten sofort alle früh. Vereinbarungen außer Kraft.
Gerichtsstand für beide Teile: Neuenbürg.
Für tel. Auftr. wird keine Gewähr übernommen.

№ 99. | Samstag den 28. April 1928. | 86. Jahrgang.

Politische Wochenrundschau.

Der Erlaß des Reichsinnenministers v. Keudell über das Verbot des Roten Frontkämpferbunds hat eine sehr verschiedenartige Beurteilung und Behandlung erfahren. In Württemberg wie in Bayern ließ man die gesetzliche Frist für einen Einspruch gegen das Verbot verstreichen. Man stellte sich also grundsätzlich auf den Standpunkt, daß das Verbot an sich seine Berechtigung habe. Eine Frage ist, ob der Bund so stark ist, daß er eine wirkliche Gefahr für den Staat bedeutet und ob der Staat die nötigen Machtmittel besitzt, ihn in Schranken zu halten. Diese Frage hat der württ. Innenminister für Württemberg stets bejaht. Minister Bolz hat deshalb auch, weil er das Verbot wohl für berechtigt, aber im Hinblick auf die württembergischen Verhältnisse nicht als dringlich ansieht, den Ausweg gewählt, abzuwarten, was der Staatsgerichtshof über das Verbot entscheiden wird. Andere Länder, wie vor allem Preußen, haben den Staatsgerichtshof angerufen. Der Widerstand Preußens gegen das Verbot erklärt sich sehr einfach daraus, daß die preußische Regierung, in der der sozialdemokratische Einfluß vorherrscht, es aus Wahltaktik nicht wagen darf, gegen den Roten Frontkämpferbund energisch vorzugehen. Das würde den Kommunisten viele sozialdemokratische Stimmen zuführen. Inzwischen hat sich auch noch der Ueberwachungsausschuß des Reichstags mit dem Keudellschen Verbot beschäftigt. Die Kompetenzen dieses Ausschusses sind sehr umstritten. Demokraten und Zentrum beantragten eine Entschließung, wonach der Ausschuß das Verbot im gegenwärtigen Augenblick nicht für zweckmäßig hält. Dieser Antrag wurde aber, wie alle übrigen, abgelehnt und nun hat der Staatsgerichtshof das Wort.

Seit einiger Zeit werden in der regierungsfeindlichen Presse, ausgehend von Veröffentlichungen der „Frankfurter Zeitung", gegen den württembergischen Staatspräsidenten Angriffe gerichtet, weil er einmal mit rechtsradikalen Verbänden in Beziehungen getreten ist. Man hat diese Beziehungen mit Umsturzplänen von rechts in Verbindung gebracht. Die Schlußfolgerungen, die daraus gezogen worden sind, schießen aber über das Ziel hinaus und sind offensichtlich nur als Wahlagitation zu werten. Ueberdies hat der Staatspräsident im Finanzausschuß auf eine Anfrage von sozialdemokratischer Seite erklärt, daß ihm nichts ferner liege, als einen gewaltsamen Umsturz zu begünstigen. Daran hindere ihn schon seine Besorgnis um die Erhaltung des europäischen Friedens. In allem hin wurde auch noch und zwar nicht mit Unrecht, von Zentrumsseite festgestellt, daß durch die Einstellung der Rechtsregierung eine Festigung der jetzigen Staatsform in Württemberg eingetreten ist.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat dem Reichsaußenminister Dr. Stresemann Gelegenheit zu einer bemerkenswerten Rede gegeben. Er behandelte dabei weltwirtschaftliche Fragen, unterstrich die enorme finanzielle Belastung im Innern, die aus den Reparationsverpflichtungen herrührt und betonte, daß drei Viertel unserer Gesamtausfuhr nach Europa gehen, daß wir also auf Gedeih und Verderb mit den Ländern unseres Weltteils verflochten sind, daß Deutschland seinen Verpflichtungen gegenüber dem Ausland nur nachkommen kann, wenn es seine Ausfuhr zu steigern vermag und wenn diese Ausfuhr vom Ausland durch zollpolitische Maßnahmen nicht erschwert wird. Andererseits verlangte Stresemann von der Landwirtschaft Verständnis für die Notwendigkeit dieser Ausfuhr. Ganz recht. Dabei könnten aber, was die Versorgung mit Lebensmitteln anlangt, ungeheure Summen im Lande bleiben, wenn das deutsche Volk trotz der offenen Grenze so vernünftig wäre, auf Dinge zu verzichten, die, wie beispielsweise die Einfuhr von Südfrüchten, unsere Handelsbilanz schwer belasten und unsere Landwirtschaft schwer schädigen.

In Frankreich hat man gewählt. Die Wahlen sind ruhig verlaufen, aber infolge der Parteizersplitterung sind so viel Stichwahlen erforderlich, daß es kaum möglich ist, auf Grund des ersten Wahlganges ein Urteil über den Ausgang der Wahlen zu fällen. Immerhin glaubt man jetzt schon einen Ruck nach rechts, einen Sieg der nationalen Kräfte unter der Aegide Poincarés gegen jene feststellen zu können, die im Solde Moskaus stehen. Bemerkenswert ist immerhin, daß von den kommunistischen Führern keiner im ersten Wahlgang gewählt wurde. Vorläufig haben wir in Deutschland keinerlei Anlaß, uns von den Wahlen, die am nächsten Sonntag ihren zweiten Gang erhalten, irgend etwas zu versprechen. Wenn Poincaré auch in der letzten Zeit mit Rücksicht auf die Wahlen etwas sanftere Töne angeschlagen hat, so wird dieser Mann doch stets nur das tun, was seinem Lande nützt. Das ging bisher noch jedesmal auf Kosten Deutschlands.

Deutschland.

Die Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft.

Dem Entwurf über Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft, den die Regierung beim Landtag eingebracht hat, ist eine Begründung mitgegeben, in der es u. a. heißt: Um den Landwirten in den zahlreichen Fällen, in denen die erste Rangstelle im Grundbuch bereits ausgefüllt ist und weitere langfristige Kredite zu erträglichen Bedingungen so gut wie unerreichbar sind, die Umschuldung, d. h. die Umwandlung ihrer schwebenden in langfristige Schulden zu ermöglichen, ist im Notprogramm des Reichs für die Landwirtschaft vorgesehen, kurzfristige Vorschüsse bis zur Höhe von 200 Millionen Reichsmark an Institute zu geben, welche Kredite zur Umschuldung an solche landwirtschaftliche Betriebe gewähren wollen, deren rationelle Fortführung bei Gewährung des Kredits zu erwarten ist. Zur Unterstützung der Kreditinstitute bei der Durchführung der Umschuldung will das Reich zusammen mit den Ländern je für deren Gebiet Organisationen ins Leben rufen, die die Aufgabe haben, den Kreditinstituten die erforderliche zusätzliche Sicherheit für die Umschuldungskredite zu gewähren und diesen nötigenfalls Ersatzzahlungen zu leisten, um den Zusammenbruch solcher wirtschaftlich gesunden landwirtschaftlichen Betriebe zu verhüten, die vorübergehend zur Erfüllung ihrer fälligen Verbindlichkeiten gegenüber den Kreditinstituten nicht in der Lage sind. Der württ. Landwirtschaft kann die Teilnahme an diesen vom Reich eingeleiteten Umschuldungshilfe nicht versagt werden. Die Landwirtschaftskammer schätzt die Verschuldung in Württemberg auf 275 Mark für ein Hektar, wovon 12,3 Prozent auf Aufwertungsschulden, 18,8 auf sonstige langfristige, und rund 68 Prozent auf kurzfristige Schulden entfallen. Eine Umschuldung war in Württemberg bis jetzt nur in unzulänglichem Umfang möglich, da die Bedingungen der 3 Amerika-Anleihen der Rentenbankkreditanstalt wie auch der Golddiskontbankanleihe für Verhältnisse sich als wenig geeignet erwiesen haben. Infolge der um die Jahreswende geleisteten Kreditrückzahlungen (Abwicklungskredite, Düngerwechsel), der Erschöpfung der flüssigen Mittel und Kreditreserven bei den Kreditanstalten, sowie der bedeutenden Frühjahrsfälligkeiten ist die Kreditlage bei der württ. Landwirtschaft sehr gespannt und es ist nicht daran zu zweifeln, daß sie von der Möglichkeit der Umschuldung in nicht unerheblichem Maße Gebrauch machen wird, da die Zinssätze der zu gewährenden Umschuldungskredite zwar nicht nieder, aber doch niedriger sein werden, als die für die kurzfristigen Kredite. Voraussetzung für die Beteiligung der württ. Landwirtschaft an der Umschuldungshilfe ist, daß das Land mit dem Reich zusammen für Württemberg eine solche Hilfsorganisation gründet und zur Erfüllung ihrer Aufgaben leistungsfähig erhält, soweit ihre eigenen Mittel hierzu nicht ausreichen. Die Beteiligung des Reiches ist auf ein Drittel festgesetzt, die Uebernahme der restlichen zwei Drittel ist Sache des Landes. An der Zustimmung des Landes ist nicht zu zweifeln.

Gegen die Steuernot.

Unlängst fand in Sindelfingen unter dem Vorsitz von Bäckerobermeister Walker in Böblingen eine sehr zahlreich besuchte Handwerkerversammlung statt, in der Syndikus Metzger von der Handwerkskammer Stuttgart einen Vortrag über die gegenwärtige wirtschaftliche Lage des Handwerks hielt, wobei er insbesondere das Verdingungswesen eingehend behandelte. Er forderte die Durchführung der Arbeitsvergebung im Rahmen der Reichsverdingungsordnung unter Mitwirkung und in Zusammenarbeit mit der Berufsvertretung, Berücksichtigung des Grundsatzes, den Zuschlag nicht an die niederste Geldforderung zu binden und Angebote, deren Preise in offenbarem Mißverhältnis zur Leistung stehen, auszuschließen. Mit ernster Sorge wurde die Tatsache festgestellt, daß in den letzten Jahren in einem ganz bedenklichen Ausmaße die öffentlichen Körperschaften in das Erwerbsleben eingedrungen sind. Weiterhin wurde noch zu den Fragen der Schwarzarbeit, des Borgunwesens usw. Stellung genommen und die zur Selbsthilfe führenden Wege, auf welche eben letzten Endes das Handwerk doch angewiesen sei, besprochen. In längeren Ausführungen behandelte Johannes Fischer-Stuttgart die steuerliche und soziale Belastung des gewerblichen Mittelstandes, vor allem die Gewerbesteuer und die Gebäudeentschuldungssteuer. Er forderte insbesondere zu genauer Buchführung in den Handwerksbetrieben, zu gegenseitiger wirtschaftlicher Unterstützung und Einigkeit, sowie zur Selbsthilfe auf. Auf Grund der mit großem Beifall aufgenommenen beiden Vorträge wurde folgende Entschließung von der Versammlung angenommen: Die heute in Sindelfingen stattgefundene, sehr zahlreich besuchte Versammlung der Handwerker des Bezirks Böblingen erwartet im Interesse der Erhaltung vieler, schwer um ihre Existenz ringenden Handwerksbetriebe 1. baldmöglichst eine Aenderung des Gewerbesteuergesetzes, vor allem eine der Handwerkswirtschaft Rechnung tragende Abänderung der in Artikel 29 des württ. Grund-, Gebäude- und Gewerbesteuergesetzes geregelten Ausscheidung des persönlichen Arbeitsverdienstes, wobei das Handwerk ausdrücklich die Verpflichtung zur Bezahlung höherer Steuern als in der Vorkriegszeit anerkennt, andererseits aber größere Berücksichtigung des Grundsatzes der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit verlangt; 2. daß die unter Mitwirkung der Reichsregierung zustande gekommene Reichsverdingungsordnung bei allen vergebenden Reichs-, Landes- und Körperschaftsbehörden restlos angewandt und sorgfältig beachtet wird, namentlich hinsichtlich der Auswahl sachkundiger und leistungsfähiger Bewerber zu angemessenen Preisen. Zwecks Durchführung der Reichsverdingungsordnung in Württemberg wird die Erhaltung des staatlichen Preis- und Schiedsamts dringend gefordert.

Graf Bernstorff über die Abrüstungsverhandlungen.

Heidelberg, 26. April. Heute vormittag wurde hier die Jahresversammlung des Weltbunds für internationale Freundschaftsarbeit der Kirchen eröffnet. Graf Bernstorff erstattete das erste Referat, das die Abrüstungsfrage zum Gegenstand hatte. Der Redner, der bisher auf jede Aeußerung über die Genfer Abrüstungsverhandlungen vom Februar d. J. verzichtet hatte, führte u. a. aus: Ueber die Abrüstungsfrage kann heute in Deutschland keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Nachdem Deutschland die Forderung des Vertrags von Versailles vollkommen erfüllt hat, ist der deutsche Standpunkt eindeutig bestimmt. Die völkerrechtliche Lage der Frage geht auf Wilson zurück, der im Jahre 1916 erklärte, der Weltkrieg dürfe nur mit einer allgemeinen Abrüstung endigen. Die 14 Punkte Wilsons sind der völkerrechtliche Ausgangspunkt der Abrüstung. Diese wird in diesen Punkten soweit gefordert, als sie unter Wahrung der inneren Sicherheit der Länder möglich sei. Tatsächlich kommt diese Forderung einer vollkommenen Abrüstung gleich. Die heutige Basis für die deutsche Abrüstungsforderung bildet der Versailler Vertrag. Es ist Deutschland einwandfrei bescheinigt worden, daß es seine Abrüstung vollkommen durchgeführt hat. Die deutsche Forderung auf Abrüstung der anderen Länder leitet sich ebenso einwandfrei aus dem Versailler Vertrag ab. Es ist auch anerkannt worden, daß durch Locarno eine so große Sicherheit erreicht ist, daß jetzt auch die Voraussetzung zur fortschreitenden Abrüstung der anderen Völker gegeben ist. In der zweimonatigen Tagung der Abrüstungskommission traten die großen Schwierigkeiten, die noch zu überwinden sind, zutage. Sie beziehen sich auf die Behandlung der Reserven, das Budget, das Kriegsmaterial u. a. m. Einer Kontrolle der Staaten über bakteriologische Rüstungen bedarf es nicht. Geheime Rüstungs sind bei der heutigen Struktur unseres Wirtschaftslebens unmöglich. Der Vorwurf gegen die deutsche Delegation, in die Abrüstungskommission durch das Verhalten gegenüber den Russen ein parteiisches Moment hineingetragen zu haben, ist unberechtigt. Die Abrüstungskommission ist nicht der Tummelplatz einer Pro- oder Antisowjetpolitik. Das Zusammengehen mit den Russen ist dadurch zu erklären, daß diese gleichfalls für Abrüstung eintraten. Eine allgemeine sofortige Abrüstung, wie sie die Russen verlangen, ist jedoch nach der heutigen Lage unmöglich.

Auch eine „Staatsvereinfachung".

Die Stelle des Oberstaatsanwalts am Oberlandesgericht zu Augsburg, die nach dem etwas unfreiwilligen Abgang des im Hitlerputsch vielgenannten Oberstaatsanwalts Kraus vakant blieb, ist nun soeben wieder besetzt worden. Das bedeutet ein erhebliches Hindernis für die reibungslose Durchführung der Staatsvereinfachung; bisher hatte es stets geheißen, daß das fast beschäftigungslose Oberlandesgericht Augsburg endlich einmal zur Aufhebung gelange. Das scheint nun noch in weiter Ferne zu liegen.

Zur Vermeidung von Ausschreitungen im Wahlkampf

hat der Kreis Mitteldeutschland des Vereins Deutscher Zeitungsverleger folgenden Beschluß gefaßt: „Alle Parteien, einerlei welcher politischen Einstellung, sind sich darüber einig, daß die Wahlkämpfe der letzten Jahre sehr unerfreuliche Auswüchse gezeitigt haben, die im Interesse der Einigkeit unseres Volkes besser vermieden werden sollten. Nach einstimmiger Entschließung der Bezirksarbeitsgemeinschaft der Presse Mitteldeutschlands, in der die Verleger und Redakteure zusammengeschlossen sind, wird es die mitteldeutsche Tagespresse deshalb in dem bevorstehenden Wahlkampf ablehnen, irgendwelche Veröffentlichungen im Text- oder Anzeigenteil aufzunehmen, die einen gehässigen, persönlichen Charakter tragen und die damit den Boden der erforderlichen Sachlichkeit verlassen." (Diesen selbstverständlichen Grundsatz sollen sich alle Zeitungen zu eigen machen. Schriftl.)

Ausland.

London, 27. April. Chamberlain pries in einer Rede in der englisch-französischen Gesellschaft die Entente als Instrument des europäischen Friedens.

Stresemann über Oesterreich.

Wien, 27. April. Ein Münchener Vertreter des „Neuen Wiener Tageblatts" hatte mit Dr. Stresemann bei seinem Aufenthalt in München eine Unterredung, in der der Außenminister folgende bemerkenswerte Erklärung über Oesterreich abgab: „Es hat den Anschein, als ob sich die Verhältnisse wirtschaftlich doch bessern. Es wäre zu wünschen, daß dies auch wirklich der Fall sei und anhalte. Die deutsche Regierung nimmt ungemein regen Anteil an Oesterreich." „Das ist erfreulich," antwortete der Korrespondent. „Aber diese Freude hat dennoch einen bitteren Beigeschmack, solange wir Oesterreicher uns in Deutschland als Ausländer fühlen und als solche behandelt werden." „Das empfinden wir selbst sehr schmerzlich und bedauern es außerordentlich, aber wir können leider daran nichts ändern, denn das hängt mit der gesamten europäischen Politik zusammen." „Herr Minister, Sie sitzen selbst am Webstuhl dieser europäischen Politik!" „Seien Sie versichert, daß wir das Problem Oesterreich nicht aus den Augen lassen und ihm volle Aufmerksamkeit zuwenden."

Die Polen reißen das Bismarck-Denkmal in Bromberg nieder.

Das Bismarck-Denkmal in Bromberg war schon lange ein Dorn im Auge der polnischen Nationalisten. Jetzt soll es abgerissen werden, da der Magistrat kein Geld für die Erhaltung eines Denkmals hat, das die Gefühle der polnischen Bevölkerung verletze.

Briands geheimnisvolle Erkrankung.

Paris, 27. April. Ueber den Krankheitszustand Briands ist gestern am späten Abend ein neues Communiqué ausgegeben worden, worin versichert wird, daß die Krankheitserscheinungen sich langsam bessern. Auch das Fieber habe nachgelassen. Das Communiqué spricht allerdings nur von einer Grippeerkrankung, während man mittlerweile erfahren hat, daß Briand auch an einer schweren Lungenentzündung, kompliziert durch eine Bluterkrankung, leidet. Die Gerüchte gehen weiter, wonach Briand nicht mehr im Stande sein würde, selbst nach seiner Genesung sein Amt als Außenminister fortzuführen.

Aus Stadt und Bezirk.

Sonntagsgedanken.

Das Gleichgewicht.

Zwei Wege gibt es, in seinem Herzen das Gleichgewicht zu erhalten; der eine, wenn man alles hat, was man wünscht; der andere, wenn man nicht mehr wünscht, als man hat.

Jener ist mühsam und mißlich. Dieser probat und in eines jeden Hand. Matthias Claudius.

Sucht dich die Freude, grüße sie;
sie schmückt das Erdenleben;
gib Raum ihr, doch vergiß es nie,
daß Flügel ihr gegeben.

Und wenn dich Leid und Weh ereilt,
mußt sie geduldig tragen
und hoffen, daß die Wunden heilt
die Hand, die sie geschlagen. Jul. Sturm.

Weglose Wanderer sind wir.
Taumel, Vergnügen und Gier
binden uns Herzen und Sinne,
so werden wir Gottes kaum inne.

Erst, wenn wir stille stehn
und unterm Kreuze gehn,
wachsen wir durch dieses Tragen
empor aus den weglosen Tagen.
Ruth Schaumberg.

Neuenbürg, 27. April. Die Deutsche Volkspartei (Nationalliberale Partei) hat für den Bezirk Neuenbürg folgenden Wahlvorschlag eingereicht: 1. Karl Schmid, Fabrikdirektor, Calw, 2. Friedrich Keck, Schulrat, Neuenbürg, 3. Walter Fritzsche, Hotelier, Wildbad, 4. Karl Schuler, Innungsobermeister, Calw, 5. Herm. Mönch, Landwirt und Brauereibes., Herrenalb, 6. Theodor Hepp, Forstmeister, Reichenberg.

Neuenbürg, 27. April. (Vorschlagsliste der Nat.-soz. D. Arbeiterpartei.) 1. Siegel, Rechtsanwalt, Geislingen a. St., 2. Stähle, Dr. med., Nagold, 3. Paul Entenmann, Bankbeamter, Calw, 4. Philipp Batzner, Schreinermeister, Nagold, 5. Karl Schmid, Korrespondent, Wildbad, 6. Bötzel, Landwirt Bissingen a. Teck. Die Liste der Nationalsozialisten wird außer dem Wahlbezirk Neuenbürg noch in folgenden Wahlbezirken eingereicht: Calw, Nagold, Horb, Herrenberg und Freudenstadt.

Neuenbürg, 28. April. Friedrich Gremmelmaier, Schuhmacher, hat die Meisterprüfung bei der Handwerkskammer Reutlingen mit gutem Erfolg bestanden. Wir gratulieren!

(Wetterbericht.) Der Hochdruck im Osten besteht fort. Die Depression im Westen hat sich weiter ausgedehnt. Für Sonntag und Montag ist aber noch vorwiegend heiteres und trockenes Wetter zu erwarten.

Neueste Nachrichten.

Heidenheim, 27. April. Die Deutsche Volkspartei hat für den Bezirk Heidenheim als Spitzenkandidaten Diplom-Kaufmann und Stadtrat Jakob Roßmann-Ulm aufgestellt.

Düsseldorf, 27. April. Das erweiterte Schöffengericht verurteilte den Buchhalter Max Hilgers, der in den Jahren 1924—1927 bei einer hiesigen Speditionsfirma 40 000 Mark unterschlagen hatte, zu einem Jahr Gefängnis mit teilweiser Strafaussetzung. Die Milde dieses Urteils verdankt der Verurteilte der Ueberzeugung des Gerichts, daß er das Opfer einer falschen Erziehung in der Jugend geworden sei. Der Vater des Verurteilten hat die Hälfte des Schadens ersetzt.

Gladbeck, 27. April. In dem Hafprüfungsverfahren gegen den unter dem Verdachte des Mordes an seinem Konditurienten Daude stehenden Abiturienten Hutzmann entschied das Gericht heute mittag, daß Hutzmann vorläufig weiter in Haft bleibt. Es sind neue Verdachtsmomente hinzugekommen, die eine Freilassung nicht rechtfertigen würden. Hutzmann wurde sofort ins Untersuchungsgefängnis nach Essen gebracht. Es wird nunmehr die Voruntersuchung gegen ihn eröffnet werden, von deren Ergebnis es abhängt, ob der Staatsanwalt Anklage erheben wird oder nicht.

Erkelenz (Rheinland), 27. April. Beim Abbrennen einer Heide an der Provinzialstraße zwischen Wassenberg und Wildenrath sprang das Feuer auf den Wald über. Hunderte von Morgen jüngeren und älteren Waldbestandes standen alsbald in Flammen. Am stärksten betroffen wurden die Gemeindewaldungen und die Forsten des Barons von Leykamp. Eine große Zahl von Feuerwehrabteilungen aus der Umgebung bemühten sich, das Feuer einzudämmen, bis jetzt jedoch ohne Erfolg. Es besteht die Gefahr, daß der Brand auf holländisches Gebiet übergreift.

Berlin, 27. April. Nachdem die Nachverhandlungen zwecks Beilegung der Differenzen in der sächsischen Metallindustrie im Reichsarbeitsministerium gescheitert sind, hat der Gesamtverband deutscher Metallindustrieller seinen Vorstand und erweiterten Vorstand auf Mittwoch den 2. Mai zu einer Sitzung eingeladen, um zu der dadurch geschaffenen Lage Stellung zu nehmen und weitere Beschlüsse zu fassen.

Berlin, 27. April. Wie seinerzeit gemeldet, wurde bei dem Berliner Polizeimajor Hans La Baume ein Maschinengewehr gefunden, das La Baume von einem Oberstwachtmeister Thieme vor einigen Monaten erhalten und seitdem in einem Keller verborgen hatte. Wie das „Berliner Tageblatt" meldet, ist gegen Polizeimajor La Baume und Oberstwachtmeister Thieme nicht nur ein Disziplinarverfahren, sondern auch ein Strafverfahren auf Grund des Republikschutzgesetzes anhängig gemacht worden.

Zürich, 27. April. Der internationale Juwelendieb Julius Moransky wurde am Freitag abend kurz vor 9 Uhr vom Züricher Schwurgericht wegen schweren Diebstahls in Betrage von 691 000 Schweizer Franken zu acht Jahren Zuchthaus und Ausweisung aus der Schweiz auf Lebensdauer verurteilt.

Rom, 27. April. Heute früh sprang auf dem Flugplatz Monte Celio der Leiter der flugtechnischen Abteilung, Generalleutnant Guidoni, mit einem Fallschirm aus 1000 Meter von einem Flugzeug herab. Infolge fehlerhafter Handhabung öffnete sich der Fallschirm nicht rechtzeitig, sodaß der General abstürzte. Guidoni war auf der Stelle tot.

Paris, 27. April. Die Briand behandelnden Aerzte haben über sein Befinden heute abend folgenden Bericht ausgegeben: Der allgemeine Zustand ist befriedigend. Die Besserung dauert an. Die Temperatur ist weiter im Abnehmen begriffen. Der Grippeanfall scheint im Abflauen zu sein.

Paris, 27. April. Baron Claus Zorn von Bulach, dem wegen seines Gesundheitszustandes ein provisorischer Strafaufschub gewährt worden war, sollte am 30. April seine 15monatige Gefängnisstrafe in Straßburg antreten. Auf Grund von Gutachten seiner Aerzte, die eine weitere Erholung von fünf bis sechs Wochen für notwendig erachten, ist die ihm gesetzte Frist verlängert worden.

Kapstadt, 27. April. Ein von Johannesburg kommender Schnellzug ist in der Schlucht von Hex River bei Worcester mit dem Speisewagen und 6 weiteren Wagen entgleist. Dabei brach ein Brand aus. Fünf Reisende wurden getötet und sechs schwer, mehrere andere leicht verletzt. An derselben Stelle ist im Jahre 1914 ein Truppentransport verunglückt, wobei zahlreiche Personen getötet wurden. In der gesetzgebenden Versammlung teilte der stellvertretende Eisenbahnminister mit, daß bei dem Eisenbahnunglück am Hex River 6 Personen getötet und 7 schwer verletzt wurden. Sieben Salonwagen sind verbrannt.

Die letzte Landtagssitzung.

Stuttgart, 27. April. Der Landtag nahm in seiner heutigen Sitzung den Gesetzentwurf über die Umschuldungshilfe für die Landwirtschaft in allen 3 Lesungen an und setzte dann die Debatte über den Staatshaushaltsplan fort. Der Abg. Ulrich (Soz.) übte dabei an der Regierung schärfste Kritik. Das gleiche tat der Abg. Schneck (Komm.), der aber auch gegen die Sozialdemokratie polemisierte. Beide Redner hatten sich u. a. gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes gewandt. Zu dieser Frage erklärte Innenminister Bolz, jeder Staat habe die Verpflichtung, sich selbst zu schützen. Das Treiben staatsgefährlicher Elemente könne über ein gewisses Maß hinaus nicht geduldet werden. Die rechtlichen Voraussetzungen für das Verbot des Roten Frontkämpferbundes seien gegeben und deshalb sei es auch für die württ. Regierung unmöglich, beim Staatsgerichtshof Einspruch gegen das Verbot zu erheben. Da aber fast alle übrigen Länder Einspruch erhoben hätten, wäre es nach der geschlossenen Ansicht der württ. Regierung unzweckmäßig, wenn Württemberg jetzt mit einer polizeilichen Durchführung des Verbots vorgehen würde. Der Abg. Scheef (Dem.) übte gleichfalls scharfe Kritik an der Regierung und warf dem Staatspräsidenten u. a. vor, daß er in seinem privaten Verkehr nicht den Trennungsstrich zwischen Regierungsführer und Führer einer Regierungspartei gezogen habe. Darauf erwiderte Staatspräsident Dr. Bazille, daß man ihm keinen Vorwurf machen könne, wenn er einen Wikinger empfangen habe, da nichts besprochen wurde, was gegen den Staat sei und das Licht des Tages zu scheuen habe. Zur Frage des Einheits- oder Föderativstaates erklärte der Staatspräsident, es komme nicht darauf an, was gewisse Zentralstellen mit dem Einheitsstaat wollen, sondern wie er tatsächlich nach seiner Schaffung aussehen würde. Ginge Württemberg in dem Einheitsstaat auf, so würden wir von der Berliner Bürokratie nur verlacht werden (Widerspruch links. Hinsichtlich der Verwaltungsreform berief sich der Staatspräsident auf die Anerkennung des Reichssparkommissars. Der Abg. Andre sprach sich gleichfalls gegen den Einheitsstaat aus. Ein kommunistischer Antrag gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbunds wurde abgelehnt und schließlich der Staatshaushaltsplan mit dem Staatshaushaltsgesetz gegen die Stimmen der Sozialdemokratie und der Kommunisten angenommen. Nachdem dann noch der Rest der Tagesordnung rasch erledigt worden war, hielt Präsident Körner die Schlußrede, in der er den Ausschüssen und ihren Vorsitzenden für ihre wertvolle Arbeit dankte und die Hoffnung ausdrückte, daß die Mitglieder des Hauses den Wahlkampf gut überstehen möchten. Im Namen und unter Beifall des Hauses dankte der Abg. Scheef (Dem.) dem Präsidenten für seine unparteiliche und sachliche, die Arbeiten des Landtags fördernde Geschäftsführung. Präsident Körner dankte seinerseits dem Hause, sowie den Vizepräsidenten und Geschäftsführern. Damit schloß die letzte Sitzung des Landtags, der sich nunmehr auflöste.

Die Störung der Stresemannversammlung vor dem bayerischen Landtag.

München, 27. April. In der heutigen Sitzung des bayerischen Landtags verurteilte der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Högner in seiner Rede über die Tätigkeit des parlamentarischen Untersuchungsausschusses auch scharf die Störung der Stresemann-Versammlung und die skandalöse Beleidigung des Reichsministers des Aeußeren durch die Nationalsozialisten. Er bezeichnete es als außerordentlich bedauerlich, daß die Nationalsozialisten den Minister des Aeußern des Deutschen Reiches einen Schwindler von Locarno und einen Kandidaten von Frankreichs Gnaden nennen dürfen, ohne daß die Polizei die betreffenden Plakate herunterreiße. Im späteren Verlauf der Sitzung nahm der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Buttmann auf die Erklärungen Dr. Högners Bezug und schloß seine Ausführungen mit der Bemerkung: „Der größte Schuft im ganzen Land, das ist und bleibt der Denunziant!" Der sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Högner sprang auf den Abgeordneten Dr. Buttmann zu und drohte ihm mit erhobener Hand. Gleichzeitig fielen erregte Zwischenrufe von der Tribüne, auf der sich auch der nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Straßer befand. Landtagspräsident Königsbauer forderte diesen zum sofortigen Verlassen der Tribüne auf. Da Straßer dieser Aufforderung nicht nachkam, wurde er von Kriminalbeamten zum Verlassen der Tribüne gezwungen.

Das landwirtschaftliche Notprogramm.

Berlin, 27. April. Der Reichstagsausschuß zur Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms setzte heute am späten Nachmittag die Beratung der Richtlinien für die Durchführung des landwirtschaftlichen Notprogramms fort. Es standen zunächst die Richtlinien für die Verwendung von Reichsmitteln zur Rationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens zur Besprechung. Ministerialrat Schuster erläuterte die Gründe, welche eine Vereinheitlichung des Genossenschaftswesens und ihren Zusammenschluß wünschenswert machen. Diese Bewegung sei durch Mangel an Mitteln gehemmt worden. Einen unmittelbaren Zwang könne die Staatsgewalt darauf nicht ausüben, aber die schon wieder erwachte Neigung solle gestärkt werden. Sommer (Ztr.) erhebt Einspruch gegen etwaige Absichten auf Sanierung einzelner Genossenschaften. Schmidt-Köpenick (Soz.) wirft die Frage auf, ob denn die Genossenschaftsverbände wirklich einen Zusammenschluß wünschten.

Nachnahmeschwindel.

Berlin, 27. April. Ein raffinierter Nachnahmeschwindel wurde gestern durch die Aufmerksamkeit der Ueberwachungsstelle der Eisenbahn aufgedeckt. Auf dem Anhalter Bahnhof wurden in der letzten Zeit viele Kisten, die Tabak enthalten sollten, zum Versand gegen Nachnahme aufgegeben. Nach angemessener Zeit erschien jedesmal ein Mann, und fragte, ob die Nachnahmen bereits eingegangen seien. Regelmäßig kam er jedoch zu früh und bat um einen Vorschuß, der ihm auch immer ausgezahlt wurde. Die Häufung dieses Vorganges erregte jedoch Verdacht. Gestern untersuchte man eine Kiste, die nach Frankfurt a. M. gehen sollte und fand sie statt mit Tabakwaren mit Altpapier gefüllt. Der Mann, der bald darauf um den Vorschuß nachsuchte, konnte keinen Aufschluß geben. Er war nur ein Bote, der von einem ihm Unbekannten den Auftrag erhalten hatte. In einem Lokal in der Nähe des Bahnhofs wurde dann der Schwindler festgenommen und als ein 23 Jahre alter Kaufmann Fritz Schulze erkannt. Schulze hat bisher 14 Schwindeleien dieser Art eingeräumt.

Die Kirchenbehörden gegen das Andachtsverbot.

Gegen die in der letzten Berliner Stadtverordnetenversammlung mit den Stimmen der Linken zustandegekommene Annahme des kommunistischen Antrags, nach dem innerhalb der städtischen Krankenanstalten Andachten, religiöse Ansprachen und dergleichen in den gemeinsamen Räumen verboten sein sollen, hat das brandenburgische Konsistorium gestern sofort Protest beim Berliner Magistrat eingelegt und ihn aufgefordert, diesem Beschluß seine Genehmigung zu versagen.

Der Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei.

Berlin, 27. April. In dem Wahlaufruf der Deutschen demokratischen Partei, der heute veröffentlicht wird, wird nach einer Kritik der Tätigkeit der Rechtsregierung im Reich u. a. folgendes ausgeführt: Wir treten ein für eine Politik der Verständigung, wie wir sie seit 9 Jahren geführt, schon zu einer Zeit, als diese Politik noch aufs heftigste angefochten, unserem Führer Rathenau das Leben kostete; denn wir wissen, daß die großen Ziele deutscher Außenpolitik, die Befreiung des Rheinlandes, die Regelung der Ostfragen, die endgültige Lösung des Reparationsproblems, die Beseitigung der Kriegsschuldlüge, vor allem aber die Schaffung des großdeutschen Nationalstaates, nicht durch Säbelrasseln und tönende Phrasen erreicht werden können. Darüber hinaus legen wir, fußend auf der Grundlage des deutschen Nationalstaates, ein zukunftsfrohes Bekenntnis ab zur wachsenden Gemeinschaftsarbeit der Völker auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet. Wir bekennen uns vorbehaltlos zur Staatsform der Republik, die uns Herzenssache ist, zur Regierungsform der Demokratie und zur Erfüllung unseres Staates mit sozialem Volksgeist. Wir verlangen den deutschen Einheitsstaat als Erfüllung jahrhunderte alter Wünsche; wir verlangen ihn aus staatspolitischen, wirtschaftlichen und finanziellen Gründen, zugleich mit einer Neugliederung des Reiches, der Neuverteilung der Aufgaben zwischen Reich und Ländern und weitestgehender Selbstverwaltung, auf deren Erhaltung und Erweiterung die Republik stärker Gewicht zu legen hat als bisher. Grundidee unserer inneren Politik aber ist uns für alle Zeit der Gedanke der Volksgemeinschaft, für den wir eintreten gegenüber den Parteien, die den Gegensatz zwischen „national" und „marxistisch", zwischen Stadt und Land, zwischen den Rassen, Konfessionen und Klassen zu verschärfen suchen. Zur Kulturpolitik wird u. a. gesagt: Wir werden auch in Zukunft die Träger einer auf freiheitlicher Entwicklung beruhenden Geistes- und Kulturpolitik sein. Unser Schulideal ist die Gemeinschaftsschule, die das Einheitliche des deutschen Kulturgutes gegenüber dem Trennenden der Weltanschauungen und Konfessionen betont. Wir verlangen freie Gestaltung der Wirtschaft, die Raum läßt für Tatkraft, Unternehmungsgeist und Vorwärtsstreben des Einzelnen. Deshalb ist uns die Erhaltung und Förderung eines freien verantwortungsbewußten, selbständigen Mittelstandes wesentlichste Aufgabe. Wir halten eine auf beiderseitiger Gleichberechtigung fußende Gemeinschaftsarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern für eine unentbehrliche Voraussetzung des sozialen Friedens. In der Außenhandelspolitik lehnen wir sowohl eine protektionistische Hochschutzzollpolitik wie eine reine Konsumentenpolitik ab und verlangen statt dessen die Förderung einer Handelsvertragspolitik, wie sie zur Ernährung und Beschäftigung unseres auf engstem Raum zusammengedrängten Volkes notwendig ist. Gegenüber dem immer weiteren Anschwellen der öffentlichen Ausgaben und einer Finanzpolitik ohne Ziel und Programm verlangen wir die Einfügung der öffentlichen Finanzwirtschaft in den Rahmen dessen, was die deutsche Wirtschaft tatsächlich leisten kann mit dem Ziel umfassender Senkung der Gesamtheit der öffentlichen Anforderungen. Die menschliche Arbeitskraft gilt uns als das wichtigste Gut der Volkswirtschaft. Unser Ziel ist deshalb der soziale Volksstaat, gegründet auf einer gesunden Volkswirtschaft, aber orientiert nach sozialpolitischen Gesichtspunkten. Unser besonderes Interesse gehört denen, die durch die Inflation und eine fehlerhafte, von uns immer bekämpfte Aufwertungsgesetzgebung ihr Vermögen eingebüßt haben. Unser nachdrücklichstes Eintreten für die Kleinrentner soll ihnen den Rechtsanspruch auf ausreichende Versorgung sicherstellen.

Auflösung des gesamten Wikingbundes durch Ehrhardt.

Berlin, 27. April. Kapitän Ehrhardt hat, wie er einer Berliner Korrespondenz mitteilt, den Wikingbund im ganzen Reiche aufgelöst. Die maßgebenden Gründe des Kapitäns Ehrhard sind seine Erkenntnis, daß die Wehrbundbewegung keine machtpolitische Zukunft hat. Kapitän Ehrhardt beabsichtigt, sich zunächst rein politisch zu betätigen. Der Wikingbund war bis heute in Bayern, Württemberg, Baden, Thüringen, Oldenburg, Mecklenburg, Hamburg, Bremen und Lübeck nicht verboten.

Deutschlands Antwort überreicht.

Berlin, 27. April. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichsminister des Auswärtigen empfing heute nachmittag den Botschafter der Vereinigten Staaten von Amerika und überreichte ihm eine Note der deutschen Reichsregierung, auf die an Deutschland gerichtete Anfrage der Vereinigten Staaten betreffend die Stellung Deutschlands zu einem Kriegsächtungspakt. Die Antwort, die den hiesigen Botschaftern der sonst beteiligten Mächte im Laufe des heutigen Tages zur Kenntnis gebracht wurde, wird in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Radauszenen im Plötzensee Gefängnis.

In der Lazarettabteilung des Strafgefängnisses Plötzensee (Berlin) beschwerte sich ein Gefangener, der mehrere Monate lang in der Irrenabteilung des Gefängnisses in der Lehrter Straße gewesen war und nun als gebessert in das Lazarett Plötzensee zurückkehrte, bei einem Aufseher über das Abendessen. Er drohte, das Inventar zu zerschlagen, wenn er nicht in 20 Minuten ein Abendessen hätte, wie er es von der Lehrter Straße her gewöhnt sei. Der Beamte redete dem Gefangenen gut zu und riet ihm zu einer Beschwerde bei dem Direktor. Nachdem die 20 Minuten verstrichen waren, begannen der Gefangene und noch ein anderer, mit dem er früher mehrere Straftaten begangen hatte, zu toben. Sie zerschlugen die Einrichtung. Die übrigen Insassen des Krankensaales brüllten und tobten. Der diensthabende Beamte rief telephonisch Hilfe herbei. Nur mit Mühe gelang es den Beamten, die Tobenden in die Beruhigungszellen zu bringen, wobei 3 Beamte durch die Gefangenen verletzt wurden. Vor einem Jahr etwa zerschlug derselbe Gefangene im Büro des Direktors fast die ganze Einrichtung.

Das mecklenburgische Volksbegehren gescheitert.

Schwerin, 27. April. Das vom mecklenburgischen Landbund beantragte Volksbegehren kann als gescheitert angesehen werden. Beim Statistischen Landesamt wurden bis heute gezählt aus 1595 Bezirk 61 916 Stimmen. Da nur noch 51 Gemeinden ausstehen, ist nicht zu erwarten, daß die erforderliche Zahl von 68 460 Stimmen erreicht wird.

Das Urteil im Hamburger Aufruhrprozeß.

Hamburg, 27. April. In dem Hamburger Aufruhrprozeß, der sich mit den Unruhen im August 1927 beschäftigte, bei denen der Polizeibeamte Codbersen ermordet wurde, wurde heute vormittag das Urteil gefällt. Gegen 7 Angeklagte wurde auf Zuchthausstrafe von 2½ bis 4½ Jahren erkannt. Gegen 10 weitere Angeklagte wurden Gefängnisstrafen von 6—18 Monaten verhängt. Das Verfahren gegen einen der Angeklagten wurde von dem Prozeß abgetrennt. Zwei Angeklagte sind freigesprochen worden.

Bela Khun verhaftet.

Wien, 27. April. Bela Khun, der ehemalige kommunistische Diktator Ungarns, ist heute in Wien von der Polizei verhaftet und dem Landesgericht eingeliefert worden. Bela Khun wurde seit dem Sturz der Rätediktatur von Ungarn steckbrieflich verfolgt, hielt sich aber die ganze Zeit über in Sowjetrußland auf. Er war erst vor kurzem mit einem falschen russischen Paß aus Moskau in Wien eingetroffen, um mit hier weilenden russischen Beauftragten in Verbindung zu treten. Mit ihm zugleich wurden auch weitere russische Kommunisten verhaftet.

Weitere Kommunistenverhaftungen in Wien.

Wien, 27. April. Im Zusammenhang mit der Verhaftung Bela Khuns wurde gestern auch ein ungarischer Kommunist festgenommen, der in einer Fremdenpension Wohnung genommen hatte. Seine Identität steht bisher noch nicht fest. Er ist im Besitz eines zweifellos gefälschten deutschen Reisepasses. Ferner wurde ein Mädchen verhaftet, das allem Anschein nach als Sekretärin Bela Khuns fungiert hatte.

Eine Aktion Bela Khuns in Ungarn.

Budapest, 27. April. In Wiener Kreisen ist man auf Grund der Verhöre, die mit dem dort verhafteten Bela Khun vorgenommen worden sind, allgemein der Ansicht, daß Khun in Ungarn eine groß angelegte Aktion vorbereitete und sich zu diesem Zwecke in Wien aufhielt. Wie verlautet, wurde Bela Khun von Moskau nach Wien gesandt, um die Leitung der mit dem Tode des Kommunisten Landler führerlos gewordenen kommunistischen Partei in Oesterreich zu übernehmen.

Die „Bremen"-Flieger in Curtisfield.

Newyork, 27. April. Wie von Lake St. Agnes gemeldet wird, sind die „Bremen"-Flieger heute früh um 7 Uhr amerikanischer Zeit nach Washington gestartet. Die „Bremen"-Flieger sind mit dem Fordflugzeug in Curtisfield 1.45 Uhr amerikanischer Zeit gelandet. Die Landung der „Bremen"-Flieger auf dem Flugplatz Curtisfield kam gänzlich unerwartet. Es waren deshalb zur Begrüßung nur wenige Personen anwesend. Zahlreiche Presseleute und Photographen weilten zur gleichen Zeit auf dem eine Meile entfernten Flugplatz Mitchellfield, weil man mit einer Landung dort gerechnet hatte. Die Besatzung der „Bremen" wird die Reise nach Washington mit der Eisenbahn fortsetzen, da der anhaltende Regen einen Flug unratsam erscheinen läßt.

Die Trauerfeier für Bennett.

Newyork, 27. April. Der Leichnam Bennetts traf in Newyork auf dem großen Zentralbahnhof um 7.30 Uhr ein. Er wurde von Marine, Armee und Polizeieskorte nach der Kaserne des 71. Regiments überführt und dort für eine Stunde aufgebahrt. Trotz der frühen Morgenstunde drängten sich Tausende von Newyorkern zusammen, um dem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Flugzeuge warfen Blumen ab. Mehrere Kirchen hielten Gedächtnisfeiern ab. Der Leichnam wurde 9.20 Uhr nach der Pennsylvania-Station überführt, um die letzte Fahrt nach Washington anzutreten. Nach Bennetts Beisetzung werden die Flieger in aller Stille am Grabe Kränze niederlegen. Von der eigentlichen Trauerfeier werden sie sich fern halten, um nach einer Verabredung mit Byrd jeder Möglichkeit aus dem Wege zu gehen, im Zeichen der Trauer um Bennett von der Menge gefeiert zu werden. In Washington wehen die Fahnen auf Halbmast. Bei der Ueberführung der Leiche Ben-

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Deshalb kaufen

immer mehr Leute ihre Anzüge fertig.
Jeder sieht, was er kauft, wie es paßt, ob die Farbe ihm gefällt. Es gibt keinen Fehlkauf, weil ein großes Lager in ein- und zweireihig vorhanden und alles schon fertig ist. Der fertige Anzug ist ebenso gut, aber billiger. Drum den Anzug fertig kaufen bei

Haus für Bekleidung • Adolf Stern, Wildbad.
Fernsprecher 104.

weit von Newyork nach Washington waren auch Kränze der Ozeanflieger und Fräulein Junkers zu sehen. Nach dem Trauerereignis werden die Flieger wahrscheinlich dem Präsidenten Coolidge den ersten Höflichkeitsbesuch machen. Der deutsche Botschafter v. Prittwitz sprach heute im Staatsdepartement vor. Der Besuch der deutschen Flieger soll vorläufig vollkommen inkognito behandelt werden, so daß wahrscheinlich Staatssekretär Kellogg die Flieger auf dem Washington Flugplatz nicht begrüßen wird.

Die „Bremen"-Flieger nach Washington abgereist.

Newyork, 27. April. Obwohl man die „Bremen"-Flieger durch einen Hintereingang in den Pennsylvania-Bahnhof brachte, wurden sie von Hunderten von Wartenden sofort umdrängt, bejubelt und auf kurze Zeit von einander getrennt. Allerwärts leuchteten Blitzlichter der Photographen auf. Die „Bremen"-Flieger lächelten der Menge durch ein Fenster des Zimmers des Stationsvorstehers, wo sie die Abfahrt des Zuges abwarteten, zu. Unterdessen wuchs die begeisterte Menschenmenge derart an, daß Polizeireserven alarmiert werden mußten. Die Abfahrt des Zuges mit den „Bremen"-Fliegern nach Washington erfolgte 5.01 Uhr.

Die Verleihung des Fliegerkreuzes.

Washington, 27. April. Das Militärkomitee, sowie der Marinesekretär Wilbur, der Kriegssekretär Davis und Staatssekretär Kellogg haben der Vorlage zugestimmt, durch die Präsident Coolidge ermächtigt werden soll, der Besatzung der „Bremen" und außerdem den französischen Fliegern Costes und Le Brix und dem italienischen Flieger de Pinedo das Fliegerkreuz zu verleihen.

Württemberg.

Stuttgart, 27. April. (Ein schwerer Raubüberfall vor dem Schwurgericht.) Am 19. Januar d. J. wurde im Café Eberhardtsbau in Stuttgart über die Mittagszeit ein frecher Raubüberfall auf den Buchhalter des Cafés verübt. Die Räuber, die bis an die Zähne bewaffnet waren, konnten aber ihr Vorhaben nicht beendigen, da sich der Buchhalter energisch zur Wehr gesetzt hatte. Nun hatten sich die noch jugendlichen Banditen, und zwar der 20 Jahre alte ledige Hausbursche Waizenäcker von Zürich und der 25 Jahre alte ledige Schneider Holzwarth von Löwenstein, sowie der 21 Jahre alte ledige Hausbursche Filsinger von Stuttgart wegen gemeinschaftlichen versuchten schweren Raubes, zusammentreffend mit versuchter Tötung vor dem Schwurgericht Stuttgart zu verantworten. Die Tat selbst haben die Angeklagten ohne weiteres zugegeben, bezichtigten sich aber gegenseitig als die Haupträdelsführer. Jeder wollte der Verführte gewesen sein. Die zur Tat benutzten Revolver hatten die Angeklagten einige Tage zuvor in einem Waffengeschäft in der Rothebühlstraße gestohlen. Mit einer vorgebundenen Maske waren 2 der Angeklagten in das Büro eingedrungen, während der Dritte den Aufpasser machte. Der Angeklagte Waizenäcker hatte nach dem Eindringen in das Büro dem nichtsahnenden Buchhalter mit dem Griff seines Stiletmessers einen Schlag auf den Kopf versetzt, um diesen zu betäuben. Als sich der Angegriffene zur Wehr setzte, versetzte ihm Waizenäcker Stiche in den Unterleib und ergriff hierauf die Flucht. Der Angeklagte Holzwarth, der sich des Geldes zu bemächtigen suchte, konnte sein Vorhaben auch nicht ausführen, da sich der Buchhalter auf ihn stürzte, wobei dem Angeklagten Holzwarth ein Schuß aus seinem bereitgehaltenen Revolver losging, ohne daß aber hätte festgestellt werden können, daß dieser beabsichtigt gewesen wäre. Der Buchhalter hatte noch die Kraft, auch Holzwarth aus dem Büro zu drängen und diesem einen Stoß zu versetzen, daß er rücklings die Treppe hinabstürzte und sich dann ebenfalls aus dem Staube machte. Das Schwurgericht erkannte gegen Waizenäcker auf eine Gefängnisstrafe von 3 Jahren, gegen Holzwarth auf eine solche von 2 Jahren 6 Monaten und gegen den Angeklagten Filsinger auf eine Gefängnisstrafe von 2 Jahren. Von der erlittenen Untersuchungshaft wurde sämtlichen Angeklagten 3 Monate in Anrechnung gebracht.

Vermischtes.

Ein Raubmord nach 6 Jahren aufgeklärt. Ein Raubmord, dem 1922 ein betagter Kassenbote zum Opfer fiel, konnte jetzt aufgeklärt werden. Einer der Täter wurde in der Person eines 38 Jahre alten früheren Ziegelearbeiters und jetzigen Wanderphotographen Reinhold Klemmstein in Bernburg in Anhalt verhaftet werden, sein Helfershelfer wird noch gesucht. Am Samstag, den 17. Juni 1922, wurde kurz nach 7 Uhr morgens von Landarbeitern der 60 Jahre alte Kassenbote Karl Essig aus Neudamm in einem Gebüsch ermordet und beraubt aufgefunden. Der Verdacht fiel schon damals auf Klemmstein, der angeblich nach Amerika ausgewandert war. Es wurde aber festgestellt, daß er sich in Bernburg niedergelassen hatte. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft Landsberg a. W. wurde ein Berliner Kriminalbeamter nach Bernburg entsandt, der bei einer überraschenden Durchsuchung der Behausung Klemmsteins unter allerlei Gerümpel die vermißte Uhr des ermordeten Kassenboten fand. Klemmstein wurde daraufhin sofort festgenommen. Nach langem Leugnen legte er ein Geständnis ab. Sein Komplize bei dem Raubmord ist nach seiner Behauptung ein polnischer Schnitter namens Pollak gewesen, der der „Schwarze Martin" genannt wurde.

Die Liebe des Wählers geht durch den Magen. Auch in England ist, wie überall anders, im politischen Wahlkampf jedes einigermaßen anständige Mittel recht. So kommt es oft vor, daß die Frauen der Kandidaten sich zugunsten ihres Mannes an der Wahlpropaganda dadurch beteiligen, daß sie prominente Wähler besuchen und für die Kandidatur ihres Mannes einzunehmen trachten. Besonders stark in dieser Art von Propaganda war die Frau des Mister Meakin, eine geborene Französin. Herr Meakin kandidierte für die liberale Partei in Hanley und Frau Meakin wurde es nicht müde, von früh bis abends die einzelnen Wähler zu besuchen und zu bearbeiten. Dabei hat sie neulich ein hübsches Erlebnis gehabt. Sie besuchte einen einfachen Töpfermeister und war gerade dabei, diesem das politische Programm der Liberalen auseinanderzusetzen, als der gute Mann, der in Frankreich den Krieg mitgemacht hatte, ihr in ihrer Muttersprache sagte: „Das ist alles ganz gut und schön. Aber Sie, die Sie Französin sind, würden gut daran tun, meiner Frau ein bißchen französische Küche beizubringen. Zeigen Sie ihr doch zum Beispiel, wie man eine Omelette macht, eine richtige, gute französische Omelette!" Mrs. Meakin ließ sich nicht lange bitten. Man brachte Eier, Mehl und Butter herbei, die Wahlagentin schritt ans Werk und bereitete eine wundervolle Omelette, wie sie es in ihrer Heimat gelernt hatte. Der Töpfer, seine Frau und seine Mutter schauten zu, kosteten und waren begeistert. So hatte Mrs. Meakin durch ihre Kochkunst 3 Stimmen auf einmal eingefangen.

Heilbad Hoheneck-Ludwigsburg i. Württemberg. Wie uns die Leitung des Heilbades Hoheneck mitteilt, wird der volle Badebetrieb am 1. Mai aufgenommen. Es findet am 1. Mai nachmittags ein Eröffnungskonzert statt, zu welchem die Leser unseres Blattes eingeladen werden. Heilbad Hoheneck ist von der Station Ludwigsburg aus mit fast an jedem Zuge bereitstehenden Autoomnibussen in 15 Minuten zu erreichen. Seit den 20 Jahren seines Bestehens wurde das Bad schon von nach vielen Hunderttausenden zählenden Gicht-, Rheuma-, Magen-, Darm-, Leber- und Gallen-, Zucker-, Herz- und Nervenkranken besucht, wobei so außergewöhnliche teils staunenerregende Erfolge erzielt wurden, daß das Bad sehr schnell bekannt und berühmt wurde, bis weit in die deutschen Lande und über seine Grenzen hinaus im Ausland und jenseits des großen Meers. Bereits im ersten Sommer 1907 konnten 1653 Bäder abgegeben werden, welche Zahl sich im nächsten Jahre auf das Doppelte erhöhte, um bis 1913, wo die Zahl auf 34 585 hinaufging, dauernd zu steigen. Seit Eröffnung der diesjährigen Saison, anfangs April, hat bereits ein lebhafter Badebetrieb eingesetzt.

Zwangs-Versteigerung.

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll versteigert werden am

Mittwoch den 2. Mai 1928, vormittags 9 Uhr, auf dem Rathaus in Höfen-Enz

das auf Markung Höfen-Enz belegene, im dortigen Grundbuch, Heft 28, Abt. I Nr. 4, zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks auf den Namen des **Rentschler, Ernst**, Kaufmanns in **Höfen-Enz**, nun in **Monakam**, eingetragene Grundstück:

Geb. 17: 3 a 88 qm Wohnhaus mit Veranda-Anbauten und Hofraum außen im Dorf an der Hauptstraße nach Neuenbürg, dabei

Parz. 132/2: 5 a 95 qm Baumwiese und Gemüsegarten und

Parz. 132/6: 1 a 02 qm Weg, zusammen 10 a 85 qm.

Das 1926 und 1927 im Rohbau erstellte Gebäude wurde am 23. September 1927 gemeinderätlich geschätzt zu 15000 RM. Zur Fertigstellung des Gebäudes, das für sechs Wohnungen eingerichtet werden kann, dürften noch etwa 8000 RM. erforderlich sein. Der Versteigerungsvermerk ist am 15. Februar 1928 in das Grundbuch eingetragen.

Es ergeht die **Aufforderung**, Rechte, soweit sie zur Zeit der Eintragung des Versteigerungsvermerks aus dem Grundbuch nicht ersichtlich waren, spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anzumelden, und, wenn der Gläubiger widerspricht, glaubhaft zu machen, widrigenfalls sie bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt werden.

Diejenigen, welche ein der Versteigerung entgegenstehendes Recht haben, werden aufgefordert, vor der Erteilung des Zuschlags die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens herbeizuführen, widrigenfalls für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes tritt.

Neuenbürg, den 9. März 1928.

Kommissär: Bezirksnotar Falch.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Beschluß:

Im Wege der Zwangsvollstreckung sollen die auf Markung Herrenalb gelegenen, im Grundbuch von Herrenalb, Heft 22 Abt. I Nr. 1 und 2 bei Eintragung des Versteigerungsvermerks am 28. Oktober 1927 auf den Namen des **Josef Braml**, Metzgermeisters in **Herrenalb**, eingetragenen Grundstücke:

Geb. 50: 1 a 62 qm Wohnhaus und Hofraum auf dem Sägwasen,

P. Nr. 13: 80 qm Gemüsegarten auf dem Sägwasen,

gemeinderätlicher Schätzungswert vom 8. November 1927 17150 RM.

am Donnerstag den 10. Mai 1928, vormittags 9 Uhr,

auf dem Rathaus in Herrenalb nochmals versteigert werden.

Herrenalb, den 19. März 1928.

Der Vollstreckungsbeamte: Bezirksnotar Bühler.

Neuenbürg, 26. April 1928.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, die wir bei dem Heimgang unseres l. Entschlafenen

Fritz Höhn

erfahren durften, sagen wir auf diesem Wege unseren innigsten Dank. Besonders danken wir auch für die Kranzniederlegung des Turnvereins, seiner Altersgenossen und Mitarbeitern, sowie für den erhebenden Gesang der Freundschaft, ferner auch allen denen, die ihn zur letzten Ruhestätte begleiteten.

In tiefer Trauer:

Die Hinterbliebenen.

Oberamtsstadt Neuenbürg.

Reichs- u. Landtagswahl.

Die Stimmkarteien für obengenannte Wahlen sind **vom 29. April bis 6. Mai ds. Js.**, Sonntags von vorm. 11 bis 12 Uhr, Werktags von vorm. 8 bis 12 Uhr und nachm. von 2 bis 6 Uhr, auf dem Rathaus, Zimmer Nr. 3, zu jedermanns Einsicht aufgelegt.

Wer die Stimmkarteien für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies bis zum Ablauf der Auslegungsfrist bei der Ratschreiberei Neuenbürg schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen. Wenn der Einspruch nicht für begründet erachtet wird, entscheidet über ihn der Gemeinderat noch vor dem Abstimmungstag. Wenn die Auflegungsfrist abgelaufen ist, können Stimmberechtigte nur auf rechtzeitig angebrachte Einsprüche aufgenommen oder gestrichen werden.

Wer nicht in die Stimmkarteien eingetragen ist, kann am Abstimmungstag unter keinen Umständen zur Abstimmung zugelassen werden, es sei denn, daß er mit einem Stimmschein versehen ist. Bezüglich der Ausstellung von Stimmscheinen folgt noch nähere Bekanntmachung.

Den in die Stimmkarteien aufgenommenen Personen geht im Lauf der nächsten Tage noch besondere Benachrichtigung zu. Denjenigen Wahlberechtigten, welche bis nächsten Mittwoch (2. Mai) eine solche Mitteilung nicht erhalten haben, wird dringend empfohlen, sich noch während der obenbezeichneten Einspruchsfrist zu vergewissern, ob sie in die Wahlkartei aufgenommen sind.

Ratschreiber Schäfer.

Brennholz-Verkauf.

(Letzter Verkauf.)

Am kommenden **Mittwoch den 2. Mai 1928**, abends 7 Uhr, kommt auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich zum Verkauf:

Das Scheidholz aus Distrikt Bergwald mit 74 Rm. Nadelholz.

Ferner aus Abt. Steinhäusle ein Los Schlagraum.

Birkenfeld, den 28. April 1928.

Gemeindepfleger Bolay.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 30. April 1928**, nachm. 3 Uhr, verkaufe ich **in Birkenfeld** öffentlich gegen Barzahlung:

Ein Mutter-Schwein.

Zusammenkunft am Rathaus in Birkenfeld.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Zwangs-Versteigerung.

Am **Montag den 30. April 1928**, vorm. 10 Uhr, kommt **in Neuenbürg** öffentlich gegen Barzahlung zum Verkauf:

Eine Milchkuh.

Zusammenkunft am Rathaus in Neuenbürg.

Hildenbrand, Gerichtsvollzieher.

Die Gemeinde **Langenalb** versteigert am **Montag, den 30. April**, vormittags 10 Uhr beginnend auf ihrem Rathaus **466 Meter buchenes u. tannenes**

Prügelholz,

wozu Käufer eingeladen werden.

Gemeinderat.

Ruf, Bürgermeister.

Weber, Ratschreiber.

2. Verbands-Zuchtviehmarkt

in **Ludwigsburg am 10. Mai.** Günstige Gelegenheit zum Erwerb von gutem Zuchtvieh, namentlich von **Farren.**

Fleckviehzuchtgenossenschaft Neuenbürg.

Neuenbürg.

Rindviehschau mit Prämierung

am

Samstag, den 5. Mai 1928, vormittags 7 Uhr.

Füllfederhalter, Schulmäppchen, Tintenzeug, Photo- u. Postkarten-Album

von einfachster bis feinster Ausführung.

C. Meeh'sche Buchhandlung.

Herrenalb.

Pferdebursche

im Alter zwischen 19 und 22 Jahren gesucht. Derselbe muß Garten- und etwas Hausarbeit mit übernehmen. Angebote mit Gehaltsansprüchen an Forstmeister **Böpple.**

Bestellungen auf das

Badeblatt

für den Kurort Herrenalb

nimmt entgegen

Frau Schuldiener W. Kull, Herrenalb.

LANDKREIS CALW Kreisarchiv Calw

Gemeinde Arnbach.

Die

Einweihung des Krieger-Denkmals

erfolgt am

Sonntag den 29. April 1928, nachm. 2½ Uhr,

was hiemit zur allgemeinen Kenntnis gebracht wird.

Den 25. April 1928.

Gemeinderat.

Als Verlobte grüßen

Marie Mitschele

Robert Gann

Feldrennach Conweiler

29. April 1928.

Freiwillige Feuerwehr Neuenbürg.

Am **Samstag den 5. Mai, abends 6 Uhr,**

Uebung

des ganzen Korps

(Musik — Spielleute).

Vollzähliges Erscheinen wird erwartet.

Das Kommando.

Arbeits-Vergebung.

Zum Neubau einer **Turnhalle** in **Obernhausen** habe ich die

Betonier-, Maurer-, Dachdecker-, Zimmer-, Flaschner-, Glaser-, Schreiner-, Schlosser- und Schmied-Arbeiten

in Akkord zu vergeben.

Die erforderlichen Unterlagen liegen am **1. und 2. Mai** beim Vorstand des Turnvereins Obernhausen, Herrn Hugo Vogt, Obernhausen, zur gefl. Einsichtnahme auf.

Die Offerten wollen bis **Samstag den 5. Mai, abends 6 Uhr,** daselbst abgegeben werden.

Neuenbürg, den 28. April 1928.

Ludwig Rest, Architekt.

Birkenfeld.

Das Stromgeld

ist unter Angabe des Zählerstandes zu zahlen:

Buchst. **A—K** am 1. Mai
„ **L—S** „ 2. Mai
„ **T—Z** „ 3. Mai

je von 8—12 Uhr und 1—7 Uhr.

Förschler.

Neuenbürg.

Geschäftsübernahme und -Empfehlung.

Der geschätzten Einwohnerschaft von Neuenbürg und Umgebung zur gefl. Kenntnisnahme, daß ich ab 1. Mai die

Brot- u. Feinbäckerei

von Herrn Julius Rainer übernehme.

Ich bitte, das meinem Vorgänger geschenkte Vertrauen auch auf mich übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

Max Heinzelmann, Bäckermeister.

Hypothekengelder!

Wir haben laufend Privatkapital in Posten von
500.- 1000.- 1500.- 2000.-
3000.- 4000.- 5000.- 10000.-
15–20000.- und bis 100000.-
und höher an pünktliche Zinszahler
zu vergeben.

Alber & Co., G.m.b.H., Stuttgart
Friedrichstr. 60 — Telephon 221 49

Interessenten von baldigst beziehbaren, beschlagnahmefreien

Zweizimmer-Wohnungen

hier wollen sich melden bei

Architekt Kugele, Herrenalb.

Neuenbürg, 26. April 1928.

Statt besonderer Anzeige.

Tiefbetrübt geben wir Verwandten, Freunden und Bekannten die schmerzliche Mitteilung, daß meine liebe, treue Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Emilie Kainer, geb. Schönthaler,

im Alter von erst 33 Jahren heimgenommen wurde.

In tiefer Trauer:

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Franz Kainer, Flaschnermeister, mit Kind **Lore.**

Beerdigung: Sonntag, 29. April 1928, nachmittags 3 Uhr.

Heilbad Hoheneck

in Ludwigsburg (Württ.)

DAS BAD GEGEN GICHT / RHEUMA / VERDAUUNGSBESCHWERDEN / ERKRANKUNGEN DER LEBER U. GALLENWEGE / ZUCKER / NERV. HERZAFFEKTIONEN / KATARRHE der SCHLEIMHÄUTE

Konzert am 1. Mai von 16—18 Uhr anläßlich der Eröffnung des vollen Badebetriebs.

Gasthaus z. „Eyachbrücke", Stat. Rotenbach

am Eingang zum Eyachtal. :: :: :: :: :: Telefon 58 Amt Neuenbürg.

Neu eröffnet!

Haltestelle der Kurswagen Herrenalb—Dobel—Wildbad.

Freundliche Lokalitäten / Zwei separate Nebenzimmer / Schöne Fremdenzimmer / Garten-Wirtschaft / Auto-Garage / Stallung.

Gutes Bier. Erstklassige Weine.

Kalte und warme Speisen zu jeder Tageszeit.

Aufmerksame Bedienung. Für Ausflügler und Vereine bestens empfohlen.

Otto Kienzle.

Haut-Bleichkrem

Jetzt ist es Zeit, Sommersprossen, Leberflecke, gelbe Flecke im Gesicht und an den Händen zu beseitigen durch Bleichen mit **Klorokrem,** Tube 60 Pf. und **Kloroseife** à Stück 60 Pf. Unschädlich und seit Jahren bewährt. Mit genauer Anweisung in allen Chlorodont-Verkaufsstellen zu haben.

Ein Blick

in eine schöne Wohnung gewährt Genuß u. Freude

Ein zwangloser Rundgang durch unsere Ausstellung zeigt Ihnen die neuesten Modelle bei niedrigster Preisgestaltung

Pforzheim, Schloßberg 19

Mannheim, Karlsruhe, Pforzheim
Freiburg i. Br., Konstanz, Rastatt
Frankfurt am Main, Stuttgart

SÜDDEUTSCHE MÖBEL-INDUSTRIE
GEBR. TREFZGER G. M. B. H., RASTATT

800 Arbeiter und Angestellte

Trefzger-Möbel

Neuenbürg.

Bestellungen auf

Ia Kohlen, Koks und Briketts

zu Sommerpreisen nimmt entgegen

Christian Genßle,
Telefon 77.

Einzug von Forderungen

jeder Art
durch
Inkasso-Geschäft Wolfinger, Neuenbürg.

Schwann.

Empfehle mich zur Lieferung aller Sorten

Kohlen, Koks, Briketts,

jedes Quantum ab Lager frei Haus od. ab Bahn zu Sommerpreisen; für Bäckereien und Wirtschaften etc. billigste Bezugsquelle. Ferner liefere alle Sorten

Brennholz

frei Haus (auf Wunsch ofenfertig) billigst bei günstiger Zahlungsweise.

Carl Gentner,
Holz und Kohlen,
Tel. Neuenbürg Nr. 142.

Turnergesangverein Neuenbürg.

Die Sänger werden gebeten, **heute abend 8 Uhr** vollzählig zu erscheinen betr. Trauergesang.

Der Vorstand.

Fr. Schilling, Neuenbürg a. E.

Eri-Milch.

Enorm billig kaufen Sie Möbel

und ganze
Wohnungs-Einrichtungen
wie
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
Küchen
und Einzelmöbel
nur bei

Josef Weinheimer

Pforzheim
Oestl. 23 Oestl. 23

Birkenfeld.

Ein Damenrad, einen Kinderwagen, eine Nähmaschine,

alles gebraucht, hat preiswert zu verkaufen

Eugen Müller,
Fahrzeughandlung.

Birkenfeld.

Eine ältere

Wohnungs-Einrichtung

ist zu verkaufen; auch Einzelstücke werden abgegeben. **Samstag und Montag von 6—8 Uhr abends.**

Frieda Kunzelmann,
Kirchweg.

Herrenalb.

3 Zimmer-Wohnung,

zentrale Lage, staub- und zugfrei, mit Küche und Zubehör (auf Wunsch teilweise möbliert) für sofort zu vermieten.

Angebote an die „Enztäler" Geschäftsstelle.

Die Hanffellerei Hermann Balke Sohn in Wolfenbüttel b. Braunschw. fertigt als Spezialität an:

Wäscheleinen v. 7 Pf. p. Meter an, Angelschnüre in Hanf u. Seide, Malerschnüre, Säge-Schnüre, Flaggenleinen, Loggleinen, Fischereileinen, Seilerwaren, Turngeräte v. 4.— RM. an, Sportartikel, Netzwaren, Feuerwehrleinen, Bergseile, Rettungsleinen, Hanfseile, Dichtungshanf, Vieh-Anbinde-Stricke, Vorfallbandagen.

Musterstücke kostenfrei!

Evang. Gottesdienst in Neuenbürg.

Sonntag, 29. April,
(S. Jubilate.)

10 Uhr Predigt (1. Petr. 2, 11—17. Lied Nr. 4):
Dekan Dr. Megerle.

½2 Uhr Christenlehre (Töchter):
Stadtvikar Zeller.

Mittwoch abends 8 Uhr Bibelstunde im Gemeindehaus.

In Waldrennach ist am Sonntag um ½10 Gottesdienst.

Kath. Gottesdienst in Neuenbürg.

Am Sonntag den 29. April 1928.
9 Uhr Predigt und Amt.
½2 Uhr Christenlehre und Andacht.